



Demo 11.10.2023 zur Verkehrsministerkonferenz in Köln

Mein Name ist Petra Heller. Ich vertrete die Bürgerinitiative A4minus aus Köln. Wir kämpfen gegen den Ausbau der A4 und den Komplettabriss der Rodenkirchener Brücke, die schon 1994 um das doppelte erweitert worden ist. Das Besondere ist, diese Brücke ist nicht nur als Gesamtbauwerk denkmalgeschützt, sondern auch bautechnisch völlig intakt und nicht marode oder schadhaft. Sie ist eine der besterhaltenen Brücken im Rheinland und wird gerade 3 bis 4 Jahre aufwändig auf Hochglanz gebracht.

Mit dem Abriss ist eine Erweiterung der Trasse von 6 auf 8 Spuren zwischen Kreuz Gremberg und Köln Süd zur sog. Engpassbeseitigung geplant. Kürzlich hat der Kölner Stadtrat mehrheitlich einer Resolution zugestimmt. Der Verkehrsausschuss hat sich gegen eine Verbreiterung und Verschiebung der RK Brücke nach Norden ausgesprochen.

Mein Name ist Alice Werner, ich komme aus Leverkusen und ich vertrete das Netzwerk Leverkusen-Köln. Wir kämpfen dort gegen die Erweiterung der Autobahnen A1 und A3, die beide quer durchs Stadtgebiet führen. Und wir weisen nach wie vor darauf hin, dass der Bau der 2 Rheinbrücke hier in Leverkusen eine Verdoppelung von 6 auf 12 Fahrspuren - und Unrecht ist.

Zusammen sind wir Teil des Bündnis Verkehrsinitiativen mit über 100 Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet und haben die Untergruppe Bündnis Verkehrsinitiativen NRW ins Leben gerufen. Heute sind wir auch als Teil der Arbeitsgruppe Rote Klimakarte der Parents For Future hier.

Gemeinsam mit dem BUND fordern wir die Beerdigung des unzeitgemäßen BVWP!

Der Bundesverkehrswegeplan an sich, ist sozusagen ein riesiges Wunschkonzert auf der Einbahn-straße der Autobahn GmbH. Aktuell sind insgesamt 1.360 neue Fernstraßen und 850 km neue Autobahnen in der Planung. Ist ein Projekt erstmal auf dieser Wunschliste BVWP drauf, gibt es für die Länder keine Möglichkeit mehr, irgendwie Einfluss zu nehmen, oder das Projekt zu stoppen.

Jetzt gibt es aber doch auch ein paar Gesetze. Und wir meinen, an die muss sich auch der Rechtsstaat auch halten - auch die Verkehrsminister! So muss laut §4 des Fernstraßenausbau-gesetzes, der Bundesverkehrsminister nach Ablauf von jeweils 5 Jahren prüfen, ob der BVWP noch den aktuellen Entwicklungen entspricht.

Der aktuelle BVWP ist vom 23.12.2016 - die Überprüfung ist also nunmehr seit fast 2 Jahren überfällig!!!

Der Expertenrat für Klimafragen hat übrigens 2022 schon die Überprüfung des Verkehrssektors, auf die Einhaltung der Klimaziele, wegen fehlender Grundlagen komplett abgebrochen. (Motto: 6.Setzen)

Auch das neue Klimaschutzprogramm der Bundesregierung besteht laut Expertenrat nur aus einer Ansammlung von - zum Teil sehr unkonkreten - Einzelmaßnahmen. Was fehlt ist ein schlüssiges Gesamtkonzept. Die Bundesregierung selbst, gab schon bei der Vorstellung des Programms offen zu, dass bei der THG Minderung eine Lücke klafft, die bis 2030 mit diesen Maßnahmen so nicht geschlossen werden kann. Sprich : das 1,5 Grad Ziel werden wir so nicht erreichen!

Das ist insofern tragisch, weil es sich nicht um so etwas handelt wie z.B: Wann schaffen wir die Rentenangleichung zwischen Ost und West? Tatsächlich 2025 oder vielleicht doch etwas später?? Späterer Termin hier, wäre nicht schön aber zur Not hinnehmbar. Das 1,5 Grad Ziel ist aber ein Grenzwert für bestimmte Kippunkte in der Natur die unumkehrbar einsetzen werden ab einem bestimmten Punkt. So wie ein Wasserglas, dass ich immer weiter zur Tischkante schiebe. In dem Moment an dem es runterfällt, ist die Situation unumkehrbar.

Für die Zielerreichung wären sowohl parteienübergreifende Verständigungen, als auch die Gestaltung eines gesamtgesellschaftlichen Dialog- und Aushandlungsprozesses dringend notwendig, mahnt der Expertenrat. Aber zurück zum BVWP:

Der aktuelle BVWP ist also von anno 2016 und die Überprüfung ist seit fast 2 Jahren überfällig!!!

Eine Anpassung des BVWP kann nur per Gesetz erfolgen und dafür ist der deutsche Bundestag zuständig. Die Abgeordneten im Bundestag drücken sich also seit fast zwei Jahren vor einer Neuausrichtung des Verkehrssektors. Seit fast zwei Jahren werden also keine Ziele mehr definiert um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen - und die unserer Kinder - zu sichern.



Im Gegenteil: durch das neue Beschleunigungsgesetz sollen 148 Projekte des ohnehin nicht mehr zeitgemäßen BVWP auch noch beschleunigt werden - allein 66 Projekte davon befinden sich in NRW. Dabei hat NRW schon jetzt das dichteste Straßennetz Europas und das schlechteste Schienennetz.

Wie sieht denn nun eine sozial gerechte und ökologische Mobilität aus und welche Maßnahmen brauchen wir für die Transformation dorthin?

1. nun, als erstes brauchen wir eine parteiübergreifende Verständigung bei der Klimaschutzpolitik!
2. das Ende der fossilen Subventionen und stattdessen Besteuerung aller fossiler Kapitalanlagen.
3. Entwurf eines neuen, klimagerechten BVWP, wobei die Treibhausgas-Emissionen jedes einzelnen Projektes umfassend bilanziert und bewertet werden müssen.
Bau und Planungstopp für alle Erweiterungsprojekte (Moratorium) währenddessen, versteht sich von selbst - und es muss sichergestellt werden, dass keine unumkehrbaren Fakten geschaffen werden. Also kein versteckter Aus- und Neubau unter dem Deckmantel notwendiger Sanierungsmaßnahmen. Ausserdem schneller Ausbau und Reaktivierung des Schienennetzes.
4. Autos wollen wir nicht verbieten. Die wird es wohl immer geben, Wir dürfen den motorisierten Individualverkehr aber nicht länger derart priorisieren und den ÖPNV nicht mehr vernachlässigen. Alle betroffenen Gesetz müssen dahingehend durchforstet und reformiert werden. Aus ÖPNV wird ÖPGNFV (öffentlicher Personen- und Güter Nah- und Fernverkehr)
5. die schrittweise Einführung eines bundesweit einheitlichen und sozialgerechten Tarifs
6. Beteiligung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern aus den Verkehrsinitiativen in einer Verkehrswende-Kommission

Umweltverbände und Vereine wie BUND, NaBu, Greenpeace, VCD (Verkehrsklub Deutschland) Campact, Agora Verkehrswende usw haben längst detaillierte Analysen und Lösungen für ein Mobilitätsgesetz aus einem Guss vorgelegt. Die Konzepte liegen also längst auf dem Tisch.

Wir müssen nur endlich ins Handeln kommen. Und wir demonstrieren heute hier schon wieder, um genau das ein weiteres Mal von den Entscheiderinnen und Entscheidern in Politik aber auch in der Wirtschaft einzufordern. Wann macht sich endlich die Erkenntnis breit, dass wir mit althergebrachten Verhaltensmustern nicht mehr weiter kommen? Wir fordern die EntscheiderInnen hiermit nachdrücklich auf: Werden sie Ihrer Verantwortung endlich gerecht!

Wir kommen nicht darum herum, die Prioritäten komplett neu zu setzen.

Schnelle und konsequente Veränderungen werden ganz konkret Menschenleben retten.

Klimaschutz mit Augenmaß, also möglichst bequem für uns, wird dagegen eine Menge Menschenleben kosten und die nachfolgenden Generationen nicht nur in ihrer Freiheit einschränken, sondern über Gebühr belasten.

Klimaneutralität und die planetaren Grenzen dieser Erde müssen so schnell wie möglich die Richtschnur werden für unsere Lebensweise.

Für eine sozial gerechte und klimagerechte Verkehrswende. Stoppt den BVWP!

Vielen Dank